

Meldungen

zusammengestellt von Michael Mertsch

Britische Initiative am Ende?

Mit großem Enthusiasmus war Anfang April der aufgrund britischer Vermittlung erfolgte Austausch von Briefen zwischen der Präsidentin Kumaratunge und dem Führer der größten Oppositionspartei, Ranil Wickremesinghe aufgenommen worden, in dem sich beide Politiker darauf verständigten, künftig in Fragen des Volksgruppenkonflikts an einem Strang zu ziehen. Viele Menschen erhofften sich von diesem Schritt die lang erwartete Wiederbelebung des Friedensprozesses und prompt machten auch Gerüchte über eine Wiederaufnahme von Gesprächen mit der LTTE, ausländische Vermittlung hierüber und sogar bereits geheime Vorgespräche in Südafrika die Runde. Nur wenige Wo-

chen später sind diese Hoffnungen offensichtlich zerstoßen. Es ist beim Austausch der Briefe geblieben, Regierung und Opposition zeigen keinerlei Absicht, weitere Schritte zu unternehmen. Im Gegenteil: Stellungnahmen der Regierung und der LTTE deuten auf eine weitere Verhärtung der Fronten hin. Letztlich haben die seit Mitte Mai neu ausgebrochenen Kampfhandlungen allen Friedenshoffnungen zumindest vorläufig wieder ein Ende gesetzt.

Friedensinitiativen

Obwohl auch in den letzten Wochen die Aussichten auf eine neue Initiative für eine Friedenslösung im Land düster blieben, gab es einige neue Entwicklungen. Die von der Regierung gestützte

Bewegung 'Sudu Nelum' initiierte eine Kampagne unter dem Namen "A brick and a book" (ein Ziegel und ein Buch), um damit Mittel für den Wiederaufbau der zerstörten Bibliothek in Jaffna einwerben zu können. Die Aufbaukosten werden auf rund 21,5 Millionen Mark geschätzt.

Mitte April begab sich eine 20köpfige Gruppe von Schülern aus dem östlichen Trincomalee auf eine neuntägige Reise durch den Süden des Landes, um, wie sie selbst sagten, eine "Nachricht von gutem Willen, Frieden und Versöhnung" zu verbreiten. Im Gegenzug brach eine Gruppe buddhistischer Mönche nach Jaffna auf, um Frieden und nationale Einheit zu propagieren.

Flüchtlinge im Land

Nicht genug, daß erneut mehrere tausend Menschen aufgrund der jüngsten Militäroperationen zu

einer Flucht aus ihren Heimatorten nördlich von Vavuniya gezwungen wurden. Zusätzlich gab die Regierung im April bekannt, daß bis auf weiteres keine Trockenrationen von Nahrungsmitteln mehr an Flüchtlinge in die 'uncleared areas' des Vanni-Gebietes, die von der LTTE kontrolliert werden, geliefert werden sollen. Hilfsorganisationen schätzen, daß von dieser Entscheidung mehr als 300.000 Menschen betroffen sind. Ihnen bleiben jetzt nur zwei Optionen: Entweder sie bleiben dort, wo sie sich zur Zeit befinden und erwarten dort eine zunehmende Hungersnot und die Gefahr, bei Zusammenstößen zwischen Armee und LTTE getötet zu werden, oder sie versuchen, sich zur Jaffna-Halbinsel durchzuschlagen, was aber bei den enormen Schwierigkeiten aufgrund fehlender Transportmittel sehr schwierig ist.

Die mit der Sperre von Lebensmittelrationen einhergehende Aufforderung, sich in 'cleared areas' zu begeben, hat trotzdem zu einem erheblichen Zustrom von Flüchtlingen nach Vavuniya, Mannar und Trincomalee geführt. Lebensmittel- und Arzneiversorgung sind völlig unzureichend, die sanitären Zustände unbeschreiblich.

Rückkehrer nach Jaffna haben weiterhin mit zahlreichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Aufgrund fehlenden Materials gelingt der Wiederaufbau zerstörter Gebäude meist nicht. Entschädigungen für Eigentum, daß derzeit von der Armee oder Regierungsbehörden genutzt wird, werden nicht oder nur sehr schleppend gezahlt. Öffentliche Baumaßnahmen an Gebäuden oder Straßen kommen praktisch auch deshalb nicht voran, weil die Arbeiter einen großen Teil ihrer Zeit an Kontrollpunkten der Armee verbringen. Mittlerweile unterstützen der UNHCR und andere Organisationen die Bevölkerung beim Wiederaufbau von Schulgebäuden und der Trinkwasserversorgung. Mehr als 3.700 neue Lehrer sollen in naher Zukunft in Schulen im Norden und Osten eingesetzt werden.

Aber auch die LTTE baut ihre Infrastruktur, vor allem im Osten, weiter aus. Die ohnehin schon seit längerem von ihr ausgeübte Praxis, die örtliche Bevölkerung einzuschüchtern und Geld von ihr zu erpressen, hat vor allen Dingen im Batticaloa Distrikt stark zugenommen. Anfang April gab die Gruppe an, in den Gebieten um Mullaitivu sowie Vavuniya vier neue Polizeistationen der



Die von der Armee kontrollierten Gebiete im Norden und Osten
(aus: 'Sunday Times', 20.4.97)

'Tamil Eelam Police' eröffnet zu haben.

Die vergangenen Wochen haben auch erneut gezeigt, wie wenig sensibel sich die Armee trotz aller gegenteiligen Beteuerungen von Präsidentin Kumaratinga weiterhin gegenüber der tamilischen Bevölkerung verhält: Fast symbolisch stellt sich hierzu die Umbenennung eines alten tamilischen Dorfes mit dem Namen Parayanalankulam auf den sinhalaischen Namen Sapumapura dar. Die Namensänderung wurde kurz nach Eroberung des Ortes durch die srilankische Armee bekanntgegeben und hat eine spezielle Bedeutung: Prinz Sapumal - ein Mann des Südens, der den Norden erobert.

Gelder indischer Banken für LTTE?

Das indische 'Central Bureau of Investigation' (CBI) glaubt Beweise dafür zu haben, daß die Zweigstelle der 'Indian Bank' in Singapur Kredite an Scheinfirmen vergeben hat, die in Verbindung mit der LTTE stehen. Hinter einem hochkomplexen Geflecht verschiedenster Geschäftsverbindungen und Geldtransaktionen läßt sich ein vergleichsweise leicht zu durchschauendes Muster erkennen. Danach unterhält der in Singapur lebende indische Geschäftsmann und Exporteur von Cashewnüssen, Muthukrishna Varatha Raja (MVR), eine Reihe von Briefkasten- und Scheinfirmen, für die er von der 'Indian Bank' umfangreiche Kredite erhalten haben soll, ohne daß die Bank seine Kreditwürdigkeit überprüft hätte. Insgesamt soll MVR der Bank knapp über 100 Millionen US-Dollar schulden. Zu den Firmen, für die die Gelder bestimmt gewesen sein sollen, gehört nach CBI-Erkenntnissen ein Unternehmen namens "Marine Shipping & Trading Ltd.", das als ein Frontunternehmen der LTTE gilt. Der in der Schweiz lebende Direktor des Unternehmens, Kumaran Padmanabha, ist ein Verwandter des LTTE-Führers Prabhakaran und wird verdächtigt, die Lieferung des Sprengstoffes organisiert zu haben, der bei dem Attentat auf Rajiv Gandhi verwendet worden war. Während der aus dem Thanjavur-Distrikt Tamil Nadus stammende MVR jede Verbindung mit der LTTE leugnet, sehen indische Medien diesen Verdacht schon allein dadurch erhärtet, daß die Familie MVRs traditionell umfangreiche Geschäftsbeziehungen zur Textilindustrie Sri Lankas unterhalten hatte.

Verhaftungen im Osten und in Colombo

Besonders Ende April kam es im Batticaloa Distrikt erneut zum Verschwinden von mehreren Personen. In allen bekanntgewordenen Fällen wurden die Be-

troffenen zunächst von der Armee festgenommen. Ihr weiterer Verbleib war unklar, Angehörigen wurde mitgeteilt, daß die betroffenen Personen wieder auf freien Fuß gesetzt worden seien. Die Zwischenfälle haben erneut zu einer Diskussion über das Verhalten der Sicherheitskräfte gegenüber der zivilen Bevölkerung des Nordens und Ostens geführt.

Aber auch in Colombo und anderen südlichen Landesteilen wird weiter verhaftet: Im Zusammenhang mit einer Intensivierung der Suchoperationen nach Gerüchten über einen geplanten Anschlag der LTTE zu Beginn des Monats Mai wurden am 17. April allein in Colombo 114 Tamilen festgenommen. Nach Polizeiangaben wurden fast 1.500 Fahrzeuge kontrolliert und 900, hauptsächlich von Tamilen bewohnte, Unterkünfte durchsucht.

Anfang April wurden während einer nächtlichen Razzia entlang der Westküste von Beruwela bis Kalpitiya fast 350 Tamilen zu Verhören verhaftet. Die Operation, die von Mitternacht bis 11 Uhr morgens des nächsten Tages dauerte, wurde unter Einsatz von 7.000 Polizisten durchgeführt. 200 der Verhaftungen fanden in Colombo statt.

Kommunalwahl wirkt nach

Fast unmittelbar nach dem Abschluß der Kommunalwahlen vom 21. März brachen innerhalb der siegreichen 'Peoples Alliance' Streitigkeiten um eine Verteilung der gewonnenen Sitze aus. Obwohl die Präsidentin eine eindeutige Position bezogen hatte, indem sie die Vergabe von Positionen in kommunalen Gremien an Verwandte von Kabinettsministern ausgeschlossen hatte, wurden derartige Forderungen zunehmend lauter. Zahlreiche kleinere Parteien in der Allianz der 'Peoples Alliance' fühlten sich außerdem von der die Allianz dominierenden SLFP an den Rand gedrängt und stellten zusätzliche Forderungen nach Sitzen in verschiedenen Wahlbezirken auf.

Auszeichnung für Coomaraswamy

Die Leiterin des 'International Centre for Ethnic Studies' (ICES) in Colombo, Dr. Rhadika Coomaraswamy, erhielt am 20. Mai den internationalen Preis der Menschenrechte. Coomaraswamy, die seit einiger Zeit als Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen für Gewalt gegen Frauen arbeitet, wird damit für ihre Verdienste um den weltweiten Kampf für Menschenrechte von Frauen geehrt. Der Preis wurde im Rahmen einer Feierstunde unter Vorsitz der Frau des amerikanischen Präsidenten, Hillary Clinton, in Washington überreicht.

Maikundgebungen

Tausende von Menschen waren am 1. Mai in Colombo und vielen anderen Orten auf den Straßen, um an Maikundgebungen teilzunehmen, höhere Löhne und ein Ende des Bürgerkriegs zu fordern. Mindestens zehn Protestmärsche wurden veranstaltet, meistens in friedlicher Atmosphäre. In Colombo herrschte trotzdem Alarmstimmung, die Sicherheitsmaßnahmen waren noch einmal verstärkt worden. An der Maiveranstaltung der regierenden 'Peoples Alliance' nahmen schätzungsweise 100.000 Menschen statt. Die 'United National Party', deren Treffen in Hatton, im Bergland, abgehalten wurde, wollte unter anderem auch große Teile der Arbeiterschaft auf den Teeplantagen in ihren Bann ziehen - immerhin 25.000 Menschen nahmen schließlich an Umzug und Kundgebung der UNP teil.

JVP faßt wieder Fuß

Die JVP, die am 25. April ihre dritte Nationalversammlung abhielt, befindet sich offensichtlich nach wie vor in einem Freudentaumel angesichts des Gewinns von 101 Sitzen in verschiedenen kommunalen Gremien als Ergebnis der Wahl vom 21. März. Angesichts dieses Erfolgs beschloß die Versammlung, eine landesweite Kampagne mit dem Ziel einer Ablehnung des Vorschläge zur Machtteilung (Devolution package) zu beginnen. Gleichzeitig will die JVP diese Kampagne auch nutzen, um wieder stärker ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu treten. Anlässlich eines Seminars am 7. April in Colombo veröffentlichte die JVP eine Neuausgabe ihres getöteten Führers Wijeweera über den ethnischen Konflikt.

Proteste gegen Kraftwerksbau

Die Pläne zur Errichtung eines Kohlekraftwerks nahe der Ortschaft Norachchola an der Nordwestküste des Landes stößt auf zunehmenden Protest sowohl von Umweltschützern wie auch der örtlichen Bevölkerung. Die Situation eskalierte am 25. April, als im Rahmen einer Protestdemonstration ein Mann, Vater von sieben Kindern, durch Polizeikugeln getötet wurde. Die Polizisten hatten das Feuer ohne Vorwarnung auf eine Menschenmenge eröffnet, die nach Angaben von Beobachtern friedlich gegen das Kraftwerk demonstriert hatte. Neben dem Todesfall erlitten vier Personen Verletzungen. Dem Einsatz von Schusswaffen folgte Tränengas, weitere Personen wurden bei der daraufhin einsetzenden Panik leicht verletzt. Die Polizei nahm schließlich zehn Personen fest, nachdem sie im Krankenhaus die Über-

führung des getöteten Mannes nach Norachchola forderten. Über die gesamte Region wurde eine inoffizielle Ausgangssperre gelegt.

Das umstrittene Gebiet, in dem die Anlage errichtet werden soll, zeichnet sich durch fruchtbare Böden aus, auf denen in großem Umfang Zwiebeln, Chillies und Tabak angebaut werden. Die Bewohner befürchten durch die Baumaßnahmen vor allen Dingen einen Verlust ihrer Anbauflächen. Neben Umweltschädigungen durch den Betrieb des Kraftwerks ist auch die Umsiedlung von mehr als 5.000 Menschen zu befürchten.

Ein Sprecher des 'Ceylon Electricity Board' (CEB), der staatlichen Energiegesellschaft, betonte indes noch einmal, daß "wir mit dem Projekt weitermachen, da es keine Alternativen für den Standort gibt". Das Kraftwerk sei mehr als nötig, um die Abhängigkeit von Wasserkraft zu verringern und damit die negativen Folgen mangelnder Energieerzeugung - wie beispielsweise während der Trockenheit des letzten Jahres - zu reduzieren. Gegenwärtig werden 85 Prozent der elektrischen Energie des Landes aus Wasserkraft gewonnen. Obwohl in diesem Jahr deutlich stärkere Regenfälle zu verzeichnen war, wurden Restriktionen, zum Beispiel beim Gebrauch von Klimaanlage, eingeführt.

Image-Kampagne

Mit einer weltweiten Kampagne will die srilankische Regierung seit Juni ihr Image aufpolieren, um wieder mehr ausländische Investoren und Touristen anzulocken. Erste Presseverlautbarungen zeigen, daß es offensichtlich darum geht, die Gefahren des Bürgerkriegs im Norden und Osten für den Rest des Landes herunterzuspielen. Den Werbe-

feldzug, für den eine New Yorker Agentur ausgewählt wurde, läßt sich die Regierung umgerechnet 4,3 Millionen Mark kosten. Ein Sprecher des 'Tourist Board' betonte, man wolle "beweisen, daß Sri Lanka weiterhin ein großartiger Platz für Tourismus, Investitionen und Geschäfte ist." Der Krieg beeinträchtigt aufgrund seiner regionalen Begrenzung nicht die Finanzzentren des Landes, die Urlaubsorte an der Westküste, das Bergland und die alten Königsstädte. Betont wird, daß bisher touristische Einrichtungen noch nie Ziel von Anschlägen gewesen seien, aber vergessen sind offensichtlich die schweren Bombenanschläge des letzten Jahres in Colombo.

Zentralbank legt Bericht vor

Das Wachstum der srilankischen Wirtschaft hat sich im Jahr 1996 deutlich verlangsamt. Zu diesem Ergebnis kommt der soeben erschienene Jahresbericht für 1996 der Zentralbank. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs aufgrund des Bürgerkriegs und einer langanhaltenden Dürre 1996 nur um 3,8 Prozent, während es im Jahr davor noch bei 5,5 Prozent lag. Stieg die landwirtschaftliche Produktion 1995 noch um 3,3 Prozentpunkte, so sank sie aufgrund der Trockenheit im letzten Jahr um 4,6 Prozent. Für 1996 gibt die Zentralbank eine Inflationsrate von 15,9 Prozent an. Hauptbelastungsfaktor für die srilankische Wirtschaft bleibt der Bürgerkrieg, der in den letzten beiden Jahren noch einmal intensiviert wurde. 1996 wurden über 1,3 Milliarden Mark hierfür ausgegeben, ein neuer Rekord. Beeinflusst durch eine Eskalation des Krieges und mehrere Sprengstoffanschläge ging gleichzeitig die Zahl ausländischer Touristen um 25 Prozent. Die Wirtschaftsproduktion insgesamt stieg 1996

um 7,3 Prozent und lag damit ebenfalls unter der Steigerungsrate von 10,2 Prozent im Jahr 1995. Interessante Veränderungen gab es beim Export von Tee: Nach Rekorderträgen im Jahr 1995 stieg die Produktion 1996 um weitere fünf Prozent, während sich die Verkaufspreise um 44 Prozent erhöhten.

Mediengesetz abgeschmettert

Am 10. April veröffentlichte der Minister für Medien, Dharmasiri Senanayake, ein neues Gesetz (Broadcasting Bill), daß von vielen Seiten als neuer Versuch gewertet wird, autoritäre Maßnahmen und eine undemokratische Kontrolle vor allen Dingen privater Radio- und Fernsehstationen zu legitimieren. Das Gesetz sieht eine jährliche, sehr restriktive Lizenzvergabe für derartige Sendestationen vor. Viele Beobachter, darunter auch Angehörige des 'Free Media Movement', fragten sich angesichts der Vorlage des, welchen Wert die gegenwärtige Regierung der Pressefreiheit noch zumißt. Nachdem insgesamt 15 Petitionen gegen den Gesetzentwurf eingegangen waren, wurde dieser am 6. Mai vom obersten Gericht für verfassungswidrig erklärt.

"Conflict and Displacement in Sri Lanka" ist eine neue Publikation des 'US Committee for Refugees'. Die Dokumentation (42 S., engl.) kann zum Preis von DM 14,- über das Südasiensbüro bezogen werden (Bitte der Bestellung Briefmarken/Scheck beifügen)

Auf in die nächste Schlacht!

von Michael Mertsch

Mittlerweile gewöhnt sich das Land an immer neue Meldungen über die Zahl der Opfer bei den militärischen Auseinandersetzungen. Mit fast erschreckender Gleichgültigkeit wurden dann auch vor allen Dingen in Colombo und im Süden des Landes die seit Mitte März offiziell verlautbarten Meldungen über eine neue Großoffensive der Armee aufgenommen,

in denen sich bereits nach wenigen Tagen die Anzahl der Opfer nur in vielfachen von zehn oder hundert ausdrückten. Der Krieg ist, obwohl eigentlich jeder im Lande die wirtschaftlichen Auswirkungen am eigenen Leibe spürt, doch wieder so weit weg, als wenn er in einem anderen Land stattfinden würde.

Unter dem Codenamen 'Jaya Sikurui'

(des Sieges sicher) begann am 13. Mai ein neuer Vorstoß der Armee. Ziel ist diesmal offensichtlich, von Süden aus eine Landverbindung bis zur Halbinsel Jaffna zu schaffen - eine Strecke von immerhin rund 80 km. Wie selbst nach Erreichen dieses Ziels eine dauerhafte Sicherung dieses Korridors möglich sein soll, ist allerdings völlig unklar. Erst die